Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Beilage: Der Raubzug gegen die untere und mittlere Beamtenschaft

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]chsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible]
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[illegible]

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den politischen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 7

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (inklusive 30 Pf. Bringerlohn), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft [illegible] Druckerei- und Verlagsanstalt. Redaktion: Güterbahnhofstr. 1, Fernruf 17 [illegible]. Postscheckkonto: Dresden 15 690. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde

7. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 18. Juni 1931 | Nummer 116

Freche Betrugs-Manöver der Volkszeitung

Maßgebender SPD-Führer erklärt: „Wir haben das Schicksal der Staatspartei vor Augen"

Der neue Volksverrat der SPD, die Unterstützung der furchtbaren Hungerverordnung und die Rettung Brünings haben die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter gewaltig gesteigert. Um sie zu dämpfen, versuchen die SPD-Blätter alle möglichen Schwindelmanöver und Phrasen. Das Ergebnis ist ein toller Wirrwarr in der SPD-Presse. Am schamlosesten sind die Betrugsmanöver der Dresdner SPD-Volkszeitung. Gerade diese verzweifelten Mätchen werden nur den Abmarsch sozialdemokratischer Arbeiter und Anhänger und die Massenübertritte zur KPD verstärken.

Eine kleine Zusammenstellung der Ueberschriften der gestrigen SPD-Blätter kennzeichnet drastisch die Betrugsabsicht und den Wirrwarr:

Vorwärts: „Brüning lenkt ein ... ein Anfangserfolg ..."

Zwickauer Volksblatt: „Brüning unnachgiebig".

Volkszeitung Meißen: „Brünings positive Zusagen ..."

Volkszeitung Oberlausitz: „Brüning bleibt starrsinnig — keinerlei Konzessionen ..."

Dresdner Volkszeitung: „Brünings Zugeständnisse — Der Kanzler verspricht Aenderungen der Notverordnung."

Dieses Durcheinander in der SPD-Presse erinnert an den Kinderreim: „Finster war's, der Mond schien helle." So auch hier:

„Brüning lenkt ein — — bleibt unnachgiebig — —

Am **niederträchtigsten schwindelt die Dresdner Volkszeitung.** In ihrem Spitzenartikel („Brünings Zugeständnisse ... der Kanzler verspricht Aenderungen der Notverordnung") versucht sie, den Arbeitern die Dinge so darzustellen, als **sei die Notverordnung wesentlich abgeändert** worden und verheimlicht, daß die Unterzeichnung der Notverordnung **nicht nur eine unerträgliche Knechtung** des Volkes bedeutet, sondern zugleich eine **Unterstützung weiterer folgender Massenausplünderung, weiteren Lohnraubes, weiterer Durchführung des faschistischen Kurses und der Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung.** Der Schwindel der Dresdner Volkszeitung ist kraß und faustdick. **Das geht sogar aus einem anderen SPD-Blatt, der Plauener Volkszeitung für** das Vogtland hervor, die mit Rücksicht auf die Arbeiter raffinierter vorgeht und deshalb **teilweise die Wahrheit** eingestehen muß. Wir stellen die Ausführungen **beider SPD-Blätter** gegenüber:

Dresdner Volkszeitung:

„Zugeständnisse wurden jedoch u. a. (!!) hinsichtlich der Versorgung der Jugendlichen unter 21 Jahren, der Saisonarbeiter und der Gemeindearbeiter gemacht. Von allem Anfang an hatte die Sozialdemokratie auf Konzessionen entscheidenden Wert gelegt ... Die endgültige Entscheidung rückte immer näher als der Reichskanzler die Abgeordneten Wels und Breitscheid wissen ließ, daß er zu einer weiteren Konzession bereit sei. Er ließ erklären, daß er Anfang August über die „notwendigen Aenderungen" der Berufung des Haushaltausschusses Notverordnung verhandeln wolle und dann auch mit der Einberufung des Haushaltausschusses einverstanden sei. Die Zusage hinsichtlich der Erwerbslosen unter 21 Jahren, die entgegen den Bestimmungen der Notverordnung nach wie vor unterstützt werden, soll nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers sofort erfüllt werden. In Anbetracht der Zusagen des Reichskanzlers sah sich die sozialdemokratische Fraktion im letzten Stadium der Verhandlungen vor eine neue Situation gestellt. Die große Mehrheit beschloß unter den obwaltenden Umständen, das Angebot der Reichsregierung anzunehmen und der Einberufung des Haushaltausschusses nicht zuzustimmen."

Plauener Volkszeitung:

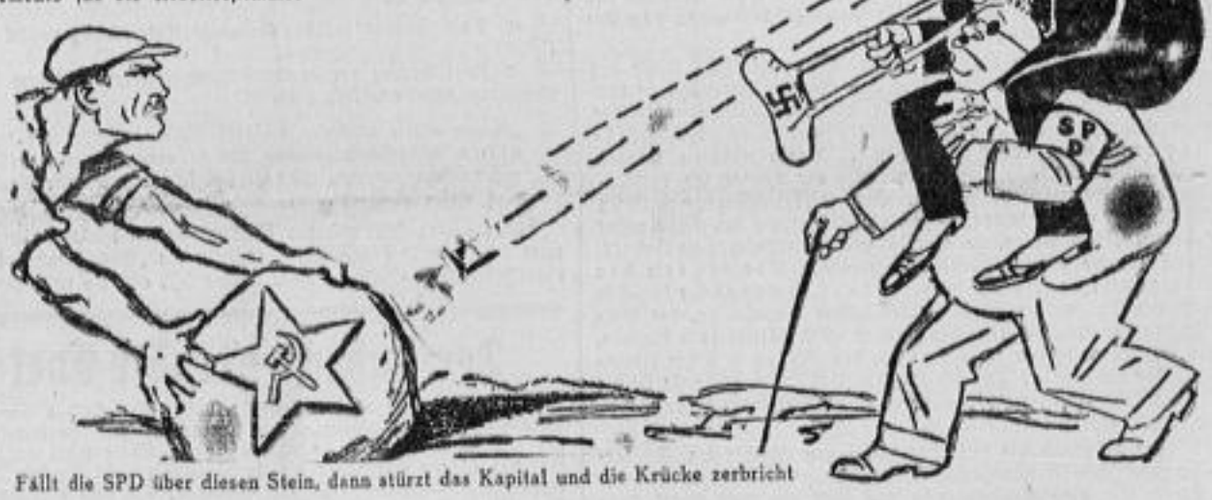
„Das, was die sozialdemokratische Fraktion als Gegengabe erhalten hat, ist nur wenig mehr als nichts ... Die endgültige Regelung der Unterstützungsfrage der Jugendlichen wird der Reichsanstalt überwiesen, die sie nach den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unter eigener Verantwortlichkeit zu regeln hat ... Es ist keine Frage, daß nachdem einmal der gesetzliche Anspruch der Jugendlichen aufgehoben ist und aufgehoben bleibt, die Reichsanstalt bald mehr oder minder vollkommen nachholen wird, worauf Brüning heute einstweilen verzichten kann.

Aber dieses dürftige Ergebnis ist überhaupt das einzige, was man bei einigem Optimismus als positiv bezeichnen kann. Alles andere sind leere Vertröstungen auf die Zukunft.

Unter diesen Umständen bedeutet der Verzicht unserer Fraktion auf Einberufung des Reichstages und gar der Verzicht auf Einberufung auch nur des Haushaltausschusses eine Kapitulation, deren politische Folgen ernstester Natur sein müssen ... In Wirklichkeit hat der großkapitalistische Wille zu einer weiteren Verschärfung des Brüningkurses sich durchgesetzt. ... Brüning hat der Deutschen Volkspartei im Widerspruch zu den starken Worten, mit denen er ihre Forderungen bisher abgelehnt hat, die Umbildung seiner Regierung in der Richtung des von der Volkspartei gewünschten Direktoriums zugestanden."

Das Plauener SPD-Blatt ist also gezwungen, in teilweisem Zugeben der Wahrheit dem Dresdner SPD-Blatt Punkt für Punkt ins Lügenantlitz zu schlagen. Daß das Plauener oder z. B. das ebenso phrasenlinke Zwickauer Blatt die Tatsachen nur so und nur deshalb ausspricht, um die „Organisation intakt", also die **SPD-Arbeiter bei der Stange** zu halten, versteht sich am Rande.

Herr Edel im Landtage und gestern die Volkszeitung haben **Galle gespuckt** über die Berichte aus den SPD-Mitgliederversammlungen, die die Arbeiterstimme vor einigen Tagen gebracht hat. Edel und die Volkszeitung sollen **noch mehr Galle spucken.** Nach einem Leitartikel des Berliner Tageblattes von gestern abend soll einer der erfahrensten Führer der SPD im Reichstag erklärt haben: **„Wir haben das Schicksal der Staatspartei vor Augen."** Jawohl, die SPD ist eine bürgerliche Partei, Stütze der Aushungerung und Unterdrückung der Massen und zum Untergang verurteilt. Dieses Urteil zu vollziehen, **ist Aufgabe der Arbeiterschaft einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter. Schluß mit Edel, Arzt, Weckel, Grötzsch und ihrer Volkszeitung! Rote Einheitsfront zur Volksaktion gegen Hunger- und Brüning-Diktatur! Massenbeitritte zur KPD! Massenabonnements für die Arbeiterstimme!**



Fällt die SPD über diesen Stein, dann stürzt das Kapital und die Krücke zerbricht

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Dresden

Viele Schwer- und Leichtverletzte

Heute vormittag, in der 8 Stunde, fuhren auf der eingleisigen Strecke der Lößnitzbahn in Kötzschenbroda ein landwärtsfahrender Eilwagen mit einem stadtwärtsfahrenden Straßenbahnzug der Linie 15 in voller Fahrt zusammen. Mehrere Schwer- und eine große Anzahl Leichtverletzte sollen als Opfer zu beklagen sein. Der Sachschaden ist bedeutend. Sämtliche Hilfsgruppen der Feuerwehr sind ausgerückt. Wie wir hören, hat das Signal dieser Strecke nicht funktioniert.

„Brüning ist ja ein Faschist"

Stürmische Auftritte in der Berliner SPD-Funktionärversammlung

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtm.)

Die Berliner Funktionärkonferenz der Sozialdemokratie, die am Dienstag **im Friedrichshain stattfand, stand im Zeichen der tiefen Empörung der sozialdemokratischen Funktionäre über den neuen Verrat ihrer Führer.** Dabei ist die Stimmung der Mitglieder noch viel radikaler als die der Funktionäre. Während des Referats Aufhäusers (Bekanntlich haben sich die Dresdner SPD-Führer mit Aufhäusers Resolution auf dem Parteitag solidarisiert) der die „Tolerierungspolitik" der SPD zu verteidigen suchte, kam es zu **stürmischen Zwischenfällen.** Verschiedentlich setzte ein **wahres Trommelfeuer von Zwischenrufen ein.** Als Aufhäuser erklärte die **SPD wisse keinen anderen Ausweg** als den der Tolerierung, riefen mehrere Funktionäre: „Den sozialistischen Volksstaat schaffen!" Die Behauptung Aufhäusers, die Brüning-Regierung sei der „Blitzableiter des Faschismus", wurde durch **einen allgemeinen Entrüstungssturm** unterbrochen. **„Brüning ist ja selbst Faschist", so donnerte es ihm von allen Seiten entgegen.** Durch diesen unerwartenden Widerstand unsicher geworden, flüchtete Aufhäuser hinter die berüchtigte Phrase, daß man in dieser schweren Zeit Auseinandersetzungen innerhalb der Partei unterlassen solle. **„Ach so, maulhalten und alles kritiklos schlucken, das sollen wir",** war die Antwort der Funktionäre. Andere riefen: **„Hast du auch Künstlerseife mitgebracht?"** Als Aufhäuser zu „linken" Phrasen Zuflucht nahm, mußte er sich sagen lassen, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht länger mit solchen Redensarten „bei der Stange" halten lassen. **So erschollen fast ununterbrochen Zwischenrufe.** Als Aufhäuser dann erklärte, daß er nun zum Schluß komme, wurde ihm dazwischen gerufen: „Das ist man gut, das andere sagen wir nachher." Das alles kann man natürlich nicht im Vorwärts lesen der dem Reaktionär Crispien breitesten Raum gibt, aber die **Diskussionsreden oppositioneller Arbeiter in ihren wesentlichen Ausführungen unterschlägt.**

Hungerrevolten in Köln und Mainz

SPD-Scharfschießerlaß gegen Erwerbslose

Mainz, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Anschluß an eine Erwerbslosendemonstration wurden die Scheiben einiger großer Geschäfte und die Fenster der Villa des Oberbürgermeisters demoliert. Die Altstadt wurde von der Polizei abgesperrt und systematisch durch Gummiknüppelattacken geräumt, wobei einige Arbeiter verletzt und verhaftet wurden.

*

Ein unerhörter Vorgang hat sich in Bochum abgespielt. Dort hob die Polizei 13 Teilnehmer an einem Lehrkursus des antifaschistischen Kampfbundes über „Strategie und Taktik des Leninismus" aus und führte sie dem Untersuchungsrichter vor. Dieser erließ Haftbefehle und übergab die Angelegenheit dem Reichsgericht. Es handelt sich dabei um einen theoretischen Lehrkursus über innerparteiliche und parteitaktische Fragen, wie er seit Jahren öffentlich in allen marxistischen Arbeiterschulen durchgeführt wird!

*

Köln, 17. Juni. (Eigener Bericht.)

Gestern kam es an mehreren Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und Polizei. Die Hungernden sammelten sich vor dem Wohlfahrtsamt, gegen dessen Maßnahmen sich die allgemeine Empörung richtet. Die Polizei ging gegen die Erwerbslosen mit Gummiknüppeln und Revolverschüssen vor. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Bauknecht hat auf einer bürgerlichen Pressekonferenz mitgeteilt, daß er nunmehr einen Scharfschießerlaß herausgegeben habe, wonach künftig bei solchen Demonstrationen nicht mehr Schreckschüsse abgegeben werden sollen, sondern sofort scharf geschossen wird!